

12. 03. 2013

Aussagen der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Rheine zum Haushalt 2013

Es gilt das gesprochene Wort!

**Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Dr. Kordfelder,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates,
sehr geehrte Damen und Herren,**

**in der Februarausgabe 2013 der Zeitung *Behörden Spiegel* hat der
Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB) Dr. Gerd
Landsberg folgende Aussagen veröffentlicht:**

**„Deutschland steht vor drei zentralen Herausforderungen, die unsere Politik in den
nächsten Jahrzehnten bestimmen werden: die Energiewende, der demographische
Wandel und die Staatsverschuldung. ...“**

Etwas später trifft Herr Dr. Landsberg im selben Artikel die Aussage:

**„...Erste Entlastungen durch den Bund sind auf den Weg gebracht. Die
Grundsicherung im Alter (4,4 Milliarden Euro) wird der Bund schrittweise komplett
übernehmen. Im Rahmen der Verabredung über den Fiskalpakt haben Bund und
Länder eine Entlastung der Kommunen bei der Eingliederungshilfe für Behinderte (ca.
14,4 Milliarden Euro pro Jahr) in Aussicht gestellt. Dieser Ansatz muss jetzt umgesetzt
werden! ...“**

**Die SPD-Fraktion schließt sich dieser Forderung an. Auch wenn es einige hier im Raum
nicht mehr hören können oder wollen, es als alljährliches wirkungsloses Ritual
bezeichnen oder als überflüssige Betroffenheitsbekundung beschreiben:**

**Wir sind der Auffassung, dass die Schieflage der kommunalen Finanzen nur durch eine
konsequente Entlastung der Kommunen gelingen kann. Dies erfordert die Finanzierung
der Folgen der häufig gut gemeinten Gesetzgebungen durch den entsprechenden
Gesetzgeber. Einen damit verbundenen gleichzeitigen Griff in die kommunalen Kassen
darf es nicht geben und da wo er bereits besteht muss er rückdelegiert werden. Diese
Forderung werden wir immer wieder betonen und auf allen politischen Ebenen
nachhaltig artikulieren. Die grundgesetzlich garantierte Selbstverwaltung der
Kommunen kann nur gelebt werden, wenn die Kommunen in der Lage sind in eigener
Verantwortung die freiwilligen Aufgaben zu gestalten und die Art der Durchführung
der durch Gesetz übertragenen Pflichtaufgaben zu regeln.**

Anrede

**Die kommunalen Kassen werden jedoch auch von einer anderen Instanz unter Druck
gesetzt. Der Bundesfinanzhof (BFH) hat sich mit Urteilen vom 10. November und 01.
Dezember 2011 (V R 41/10 bzw. V R 1/11) erneut zur umsatzsteuerlichen Behandlung
der öffentlichen Hand geäußert. Die Forderung des Deutschen Städte- und
Gemeindebundes in dieser Sache unterstützen wir. Die öffentliche Zusammenarbeit
muss umsatzsteuerfrei bleiben. Im Interesse des Gemeinwohls gilt es, zügig gesetzlich
klarzustellen, dass die öffentliche Zusammenarbeit nicht der Umsatzsteuer unterliegt.
Der Bund muss zusätzlich bei den Verhandlungen zur Überarbeitung der EU-
Mehrwertsteuersystemrichtlinie seinen Einfluss auf EU-Ebene geltend machen. Es darf**

nicht sein, dass zentralistisch aufgebaute Mitgliedsstaaten der EU hier gegenüber föderalen Strukturen, wie bei uns, begünstigt werden.

Anrede

Bevor ich auf einige Punkte des Haushaltsplanes 2013 eingehe, möchte ich mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung bedanken. In der Phase der Vorbereitung zur Haushaltseinbringung und den Veränderungen durch die Beratungsergebnisse in den Fachausschüssen, Konkretisierungen von kommunalen Erträgen und Aufwendungen sowie sonstigen Begebenheiten, haben sie engagiert und flexibel eine gute Arbeit und hervorragende Leistungen erbracht. Frau Bürgermeisterin bitte überbringen sie diesen Dank und Anerkennung an ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Neben den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung sind die Einwohnerinnen und Einwohner unserer Stadt durch ihr ehrenamtliches Engagement wesentliche an der Gestaltung unseres Gemeinwesens beteiligt. Auch diesen aktiven Männern und Frauen gilt der Dank für ihren Einsatz und ihre positiven Beiträge zum Gemeinwohl. Teilweise hat sich dieser Personenkreis in Vereinen und Verbänden organisiert und wird von hauptamtlichen Kräften unterstützt. Ein Beispiel ist unser Verkehrsverein.

Mit Verwunderung hat die SPD-Fraktion deshalb die ab 2014 gültige Streichung der Marketingmittel des Verkehrsvereins in Höhe von 50.000,-Euro durch die CDU/FDP-Mehrheit zur Kenntnis genommen. Hier werden u. E. Positionen aufgebaut, die in der Erarbeitungsphase einer neuen Marketingkonzeption das Selbstwertgefühl und die Zukunftsperspektive eines Gesprächspartners deutlich schwächt. Ohne die konkreten koordinierten Ergebnisse der beteiligten Hauptakteure zu kennen, wurde von der CDU/FDP-Mehrheit eine Situation geschaffen, die sicher keine Motivation zur weiteren engagierten Tätigkeit ist. Hier wäre es u. E. besser gewesen das Ergebnis der Koordinationsgespräche zwischen EWG, Verkehrsverein und Stadtverwaltung abzuwarten und dann entsprechende Mittelzuweisungen im Haushalt 2014 und folgende Jahre zu beschließen.

Anrede

Die SPD-Fraktion ist davon überzeugt, dass unsere Stadt lebens- und liebenswert ist. Zur gesunden Weiterentwicklung muss die Stadt die steuerlichen Erträge und Aufwendungen den Herausforderungen der Energiewende bzw. des Klimaschutzes, des demographischen Wandels und der Reduzierung der Verschuldung anpassen. Deshalb hat die SPD-Fraktion auch den Erhöhungen der kommunalen Steuern zur Verbesserung der Ertragssituation zugestimmt.

Neben den nötigen Finanzen benötigen wir in unserer Stadt auch qualifizierte und hoch motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung. Hier hat die Mehrheit im Rat durch die Verweigerung von Leistungsprämien für Beamtinnen und Beamte eine ungünstige Situation verfestigt. Diese Haltung ist aus unserer Sicht gegenüber den betroffenen Personen unfair. Zuletzt wurden 1997 mit dem Dienstrechtsreformgesetz die Dienstaltersstufen für beamtete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gestreckt. Die dabei ersparten Finanzmittel sollten nach dem Willen des Gesetzgebers den Beamtinnen und Beamten als Leistungsanreize wieder zufließen. Durch den Beschluss in der letzten HFA-Sitzung, der gleich durch Ratsbeschluss bestätigt werden soll, werden diese Leistungsanreize den Beamtinnen und Beamten in der Verwaltung vorenthalten.

Während die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Tarifvertrag solche Leistungsanreize erhalten können, ist dieser Ansporn für die Beamtinnen und Beamten nicht möglich. Die Aussage der Mehrheit hier im Rat lautet dann wohl:

Die Beamtinnen und Beamten erbringen keine prämienswürdige Leistungen oder die entstandenen finanziellen Folgen durch das Dienstrechtsreformgesetz sind sinnvolle und notwendige Gehaltskürzungen für die Beamtinnen und Beamten oder wir benötigen in der Stadtverwaltung keine Beamtinnen und Beamten.

Die SPD-Fraktion ist hier anderer Auffassung. Die Leistungsprämien sind finanzielle Vergütungen, auf die die Beamtinnen und Beamten einen Anspruch haben. Dies gilt gerade in den unteren Besoldungsstufen, wie z. B. bei den Beamten und Beamtinnen der hiesigen Feuerwehr. Wir sind der Auffassung, dass gute Arbeit auch einen fairen Lohn verdient und Spitzenleistungen prämienswürdig sind.

Hinsichtlich des Durchschnittsalters der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Beamtenstatus und des demographischen Wandels dürfte es zukünftig schwieriger sein Nachwuchs für die Verwaltung der Stadt Rheine zu gewinnen. Dies gilt insbesondere wenn in anderen Berufen und Verwaltungen deutlich bessere Vergütungen möglich sind. Ob es Abwanderungen von jetzt in der Stadtverwaltung tätigen beamteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in andere Verwaltungen geben wird bleibt abzuwarten. Denkbar wäre ein Wechsel z. B. zur Kreisverwaltung Steinfurt.

Anrede

Unverständlich war für uns die Ablehnung des Sozialtickets. Eine zunächst befristete aber für die Kommune weitestgehend kostenneutrale Regelung wurde wegen der anderslautenden Mehrheitsmeinung im Rat durch die Stadt Rheine beim Land nicht beantragt. Der Zeitungsjournalist Achim Giersberg hat es am 26. 06. 2012 nach einer ähnlichen Ablehnung im Kreis Steinfurt so ausgedrückt: „...Ist es gerecht, oder gar christlich, einem Armen lieber gar nichts zu geben, weil die Weniger-Armen nicht in gleicher Weise profitieren würden? Nach derselben Logik müsste die Kreisverwaltung auch das Bildungs- und Teilhabepaket ablehnen. Schließlich bekommen da auch Hartz-IV-Eltern Nachhilfe für ihre Kinder bezahlt, Nur-Geringverdiener aber nicht. ... Gestern wurde eine Chance vertan, ohne Risiko ein neues Modell auf den Praxis-Prüfstand zu stellen, das Sozialpolitik und ÖPNV kombiniert. ...“

Anrede

Zusätzlich zur Finanzausstattung der Kommune und einer qualifizierten, hoch motivierten Mitarbeiterschaft bedarf es der Ausgabendisziplin. Der im Dezember durch unsere Bürgermeisterin eingebracht Haushaltsentwurf wurde im Verlauf der Beratungen umfangreich verändert. Beim derzeitigen Planungsstand kann die SPD-Fraktion die Ausgabendisziplin nicht immer erkennen.

Dazu zwei Beispiele:

An einem städtischen Gebäude, das zurzeit vom Amtsgericht Rheine genutzt wird, ist ein Erker zu sanieren. Dieser Erker wurde zeitlich deutlich nach der Errichtung des Gebäudes angebaut. Die Sanierung ist für die Funktion des Gebäudes nicht notwendig. Trotzdem hat die Mehrheit hier im Rat die Sanierung beschlossen. Für die SPD Fraktion eine unnötige Ausgabe.

Das zweite Beispiel betrifft die Standortentscheidung zur die Sekundarschule Stadt.

Anrede

Die SPD blickt in diesem Jahr auf eine 150jährige Geschichte zurück. In Rheine gibt es unseren SPD-Ortsverein seit 115 Jahren. Seit der Gründung der SPD ist die Bildungsgerechtigkeit ein zentrales Anliegen der Sozialdemokratie. Im vergangenen Jahr haben wir mehrfach versucht die Ergebnisse des Schulentwicklungsplanes zu diskutieren und von den Eltern, den Schülern, den Lehrerkollegien, der Verwaltung und den Ratsfraktionen mehrheitlich getragene Handlungsnotwendigkeiten zu erarbeiten. Die Realität sieht leider anders aus und die finanziellen Folgen der Vorgehensweise der CDU/FDP-Ratsmehrheit sind fatal.

Im Schulausschuss wurden die Vorschläge der SPD und alternative Anträge zu den Inhalten der Elternbefragung für zwei einzurichtende Sekundarschulen abgelehnt. Eine Befragung der Eltern zum Willen ihre Kinder zu anderen weiterführenden Schulen anzumelden, einschließlich der Euregio-Gesamtschule, wurde kategorisch abgelehnt. Ebenso wurde die Festlegung auf die Standorte der Fürstenberg Realschule und der Don Bosco Schule durch die CDU/FDP-Mehrheit bestimmt. Zu diesem Zeitpunkt stand fest: Wenn es zur Einrichtung der Sekundarschule am Standort der Fürstenberg Realschule kommt, dann sind erhebliche Finanzmittel notwendig, um die neue Sekundarschule auch zukunftsfähig zu machen. Das Ergebnis der Elternbefragung war dann zunächst eine scheinbare Bestätigung der Auffassung der CDU/FDP. Als dann aber die erste Anmeldephase für die zwei Sekundarschulen beendet war, da hatte sich an keiner dieser Schule die nötige Anmeldezahl von 75 Schülerinnen und Schülern ergeben. An der Euregio-Gesamtschule wurden jedoch mehr Schülerinnen und Schüler angemeldet, als die 5zügigkeit zuließ. Der Elternwille wurde gebeugt, die jetzt vorliegenden ausreichenden Anmeldezahlen für die zwei Sekundarschulen entsprechen nicht dem ursprünglichen Willen der Eltern.

Die SPD-Fraktion ist nicht gegen die Sekundarschulen als „kleine Schwester“ der Gesamtschule. Wir wenden uns aber gegen die kostspielige Standortentscheidung. Im Falle einer fairen Diskussion zum Schulentwicklungsplan, eines sachgerechten Befragungsbogens zur Sekundarschule und einer abgewogenen Standortentscheidung für die Sekundarschule wären erhebliche Kosten nicht entstanden. Wenn es wirklich zur alternativlosen Situation für zwei Sekundarschulen gekommen wäre, dann hätte es zumindest andere Standorte für die innerstädtische Sekundarschule gegeben. Mit den Standorten Schulzentrum Dorenkamp (Elisabethschule) und Overbergschule wären zwei kostengünstigere Schulstandorte vorhanden gewesen. Investitionen für eine Mensa und Anpassungen zur Ermöglichung der Inklusion wären nicht bzw. mit deutlich geringeren Finanzmitteln der Stadt Rheine möglich gewesen. Über die Beeinträchtigungen des Schulbetriebes während der mehrjährigen Bauzeit kann man sich bei anderen Schulen erkundigen, z. B. beim Kopernikus-Gymnasium.

Im Haushalt 2013 sind 1 Millionen Euro für die Ertüchtigung des Standortes der Fürstenberg Realschule zur städtischen Sekundarschule veranschlagt. In den folgenden Jahren werden nochmals ca. 4 Millionen Euro notwendig sein, um diese Schule zukunftsfähig zu machen. Geld, das bei einer anderen Standortentscheidung nicht hätte ausgegeben werden müssen. Somit eine unnötige Ausgabe.

Die SPD-Fraktion kann und wird deshalb dem Haushalt 2013 der Stadt Rheine in der jetzt vorliegenden Fassung nicht zustimmen.

